

DIE LINKE. Kreis Soest



Kommunalwahlprogramm zur Kreistagswahl 2020

Beschlossen vom Kreisparteitag am 11. Juni 2020

DIE LINKE kämpft dafür, dass niemand zurückgelassen wird: Für jeden Menschen muss gleiche soziale, kulturelle und demokratische Teilhabe gesichert werden. Wir brauchen mehr soziale Gerechtigkeit und Armutsbekämpfung. Dies gilt erst recht in Zeiten der Corona-Krise.

Deshalb wählen Sie am 13. September DIE LINKE gestärkt in den Kreistag:

- Es zeigt sich jetzt, wie falsch die herrschende Politik des Abbaus von Krankenhausbetten, von Pflegepersonal, von zu geringen Löhnen und der profitorientierten Privatisierung im Gesundheitswesen waren. Es braucht mehr Personal und einen deutlich höheren Pflegemindestlohn! Krankenhaus-Schließungen müssen verhindert werden! Wir brauchen eine Solidarische Gesundheitsversicherung, in die alle, auch Selbstständige, Freiberufler*innen und Beamt*innen, einzahlen statt Zwei-Klassen-Medizin.
- DIE LINKE will bezahlbares Wohnen für alle. DIE LINKE will preisgünstiges Bauland und Mieten. Im Kreis Soest herrscht Wohnungsnot, vor allem kleine bezahlbare Wohnungen fehlen fast überall. Wir fordern die Gründung einer Kreiswohnungsbaugesellschaft. Als Anschubfinanzierung sollen die Erlöse aus dem Verkauf der Kreisebenen RWE-Aktien genutzt werden. Der Kreis Soest sollte nicht länger an einer derart umweltzerstörenden und klimagefährdenden Gesellschaft wie RWE (Braunkohle) beteiligt sein!
- Der ÖPNV im Kreis Soest muss massiv ausgebaut werden. DIE LINKE fordert ein kreisweites 365-Euro-Ticket (Monatskarte 30 Euro) für alle sowie ein kreisweites Sozialticket für EmpfängerInnen von Sozialleistungen und andere ebenso einkommensschwache Menschen (Monatskarte 15 Euro ohne Abo-Zwang). Zudem soll es ein kreisweites kostenloses Schülerticket geben. Perspektivisch soll der ÖPNV für alle Nutzer*innen kostenlos sein.

1. Eine bessere Kommunalpolitik ist möglich!

Im Kreistag Soest meinen CDU und SPD, durch Bildung einer Großen Koalition, alles allein entscheiden zu können. Die Meinung der kleinen Fraktionen interessiert sie überhaupt nicht. Egal wie gut die Anträge sind, sobald sie nicht von CDU und SPD sind, werden sie abgelehnt.

Unser Antrag einen Landschaftsplan für den Arnsberger Wald aufzustellen, mit dem man insbesondere Naturschutzgebiete zum Schutz des Waldes ausweisen kann, wurden abgelehnt. Obwohl man großen teils unserer Meinung war, durfte der Antrag nicht durchgehen, weil er ja von uns war. Dass der Landschaftsplan später trotzdem beschlossen wurde, hat sicher auch etwas mit unserer Beharrlichkeit zu tun.

Grotesk wurde es, als CDU und SPD zwei neue Ausschüsse zu den Themen Energie und Demographie bilden wollten. Wir hätten dies inhaltlich mitgetragen. Wie selbstverständlich beanspruchten die großen Parteien die Ausschussvorsitze. Als die kleinen Fraktionen dann anmerkten, dass ihnen gesetzlich aber ein Vorsitz zustände, und man darüber reden wolle, machte man kurzerhand aus zwei geplanten neuen Ausschüssen einfach Unterausschüsse. Da konnten die Vorsitze ohne die kleinen Fraktionen entschieden werden. In Unterausschüssen kann aber nichts entschieden werden, weil sie ja einem Ausschuss untergeordnet sind. Also nur doppeltes Gelaber und Geldverschwendung.

Unser Demokratieverständnis ist da anders: Wenn Anträge oder Ausschussveränderungen auch aus unserer Sicht Verbesserungen für die Bürgerinnen und Bürger des Kreises Soest bringen, stimmen wir zu, auch wenn sie von anderen Fraktionen kommen; außer sie kommen von der „AfD“, mit der Partei lehnen wir jede Form der Zusammenarbeit ab.

Wir erkennen natürlich die Mehrheitsverhältnisse im Kreistag an, aber so nach Gutsherrenart Politik zu machen wie das CDU und SPD im Soester Kreistag durchziehen, das ist demokratieunwürdig.

Wir hoffen, dass sich diese destruktive Politik in den Wahlergebnissen niederschlägt und es im nächsten Kreistag wieder möglich wird, Anträge nach ihren Inhalten zu diskutieren und nicht danach wer sie gestellt hat!

Wir wollen das Zusammenleben der Menschen vor Ort verbessern und eine lebenswerte Zukunft bauen. Das erreichen wir nur in Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, mit der Klimagerechtigkeitsbewegung und all den Menschen, die sich für eine bessere Welt auf den Weg gemacht haben. Gemeinsam sind wir stark!

Wir wollen Städte und Kommunen für alle. Die Kommunen sind für alle Menschen da, nicht für den Klüngel und Profit einiger weniger!

Links bedeutet für mehr Demokratie einzutreten. Wir wollen Menschenrechte und Demokratie ausbauen und verteidigen. Deshalb steht DIE LINKE auf der Seite des antifaschistischen Widerstandes gegen neue und alte Faschisten. Wahlkämpfe dürfen nicht auf dem Rücken von Migranten, Geflüchteten und anderen Minderheiten ausgetragen werden. Der Kreis Soest soll weltoffen und bunt sein, nicht blau oder braun. DIE LINKE wird im Kreistag auch künftig nicht mit neuen Rechten, Faschisten und Rassisten zusammenarbeiten und ihren Anträgen nicht zustimmen.

2. Wem gehört die Kommune?

DIE LINKE steht für eine soziale, ökologische und solidarische Politik. Wir streben eine neue demokratische Gesellschaftsordnung an, in der die Politik nicht mehr von den Interessen der Industrie und der Banken und Konzerne bestimmt wird. Wir wollen Schluss machen mit einer Politik, die auf die Ausbeutung von Mensch und Natur setzt. Wir wollen Reichtum umverteilen und die Einrichtungen und Betriebe der Daseinsvorsorge wie z. B. Krankenhäuser, Verkehr und Energieversorgung in öffentlicher Hand halten bzw. dorthin zurückführen.

Bei den Kommunalwahlen in NRW setzen wir auf ein Umsteuern in der Wirtschafts-, Umwelt- und Verkehrspolitik, auf Demokratisierung und eine öffentliche Daseinsvorsorge, die Wiedergewinnung des öffentlichen Sektors für alle, die in den Städten und Gemeinden leben.

Selten zuvor sind so viele Menschen mit einem gemeinsamen Ziel auf die Straßen gegangen wie mit „Fridays for Future“ zur Rettung des Klimas. Schüler*innen, Lehrer*innen, Eltern, Wissenschaftler*innen und Umweltbewegte gingen voran. Ihnen folgen immer mehr Menschen, die in Sorge um unseren Planeten sind. Es geht um nicht weniger als die Rettung dieser einen Welt, die wir zum Leben haben. Unser Ökosystem und Klima stehen kurz vor dem Zusammenbruch. Einen Planeten B gibt es nicht. Vor allem die große Mehrheit der jungen Generation verlangt von der Politik, alles dafür zu tun, damit auch sie noch mit Kindern und Enkeln hier leben können.

Gleichzeitig wenden sich aber auch zunehmend Menschen von der Politik ab. Immer mehr Einwohner*innen der Städte und Gemeinden in NRW sind abgehängt, chancen- und perspektivlos, allein 800.000 Kinder wachsen in NRW in Armut auf. Leiharbeit und Minijobs breiten sich weiter auf dem Arbeitsmarkt aus. Industriearbeitsplätze verschwinden, doch gut bezahlte neue Stellen fehlen. Den Strukturwandel sind viel zu viele gezwungen, ihn nicht als Wandel erleben, sondern als Zerstörung von Infrastruktur und Lebensperspektiven.

Vielerorts ist Wohnen für die große Mehrheit unbezahlbar geworden, Menschen werden aus ihren Quartieren verdrängt. Im ländlichen Raum existiert oft kaum noch soziale Infrastruktur. Von einem guten ÖPNV oder einem ausgebauten Radwegenetz können die meisten Menschen nur träumen. Dasselbe gilt für Bildungseinrichtungen, Jugend- und Sozialarbeit. Für Frauen, die Gewaltopfer werden, gibt es nicht einmal im Ansatz ausreichend Frauenhausplätze.

Wir setzen auf faire und ressourcenschonende Produktion und den entsprechenden Handel, auf eine regionale Kreislaufwirtschaft ohne unnötige Transportwege, auf die Vermeidung von Abfall, die drastische Reduzierung von Plastik und anderen unnötigen Verpackungs- und Einwegprodukten.

Vor Ort unterstützen wir Tauschbörsen, Flohmärkte, die auflebende Kultur der Garagentrödel sowie Repair-Cafés, in denen Menschen sich begegnen und helfen.

Wir wollen mit dem sozial-ökologischen Umbau viele neue, gute und sinnvolle Arbeitsplätze schaffen. Angefangen im Bereich der erneuerbaren Energien, bei der Forschung, Produktion und Wartung. Im Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, der Gebäudesanierung und dem Neubau von klimaneutralen Wohnungen über die ökologische Landwirtschaft bis hin zu den Forstämtern, wo dringend Mitarbeiter*innen für die Pflege und Aufforstung der angegriffenen Wälder gebraucht werden.

Leben, Wohnen, Arbeiten, Freizeit, Bildung, Bewegung, Freiraum und Gemeinschaft: In unserer Vision der guten Kommune können wir alle friedlich und frei, sozial gesichert in einer solidarischen Gemeinschaft leben.

3. Mehr soziale Gerechtigkeit!

Die Menschen brauchen gute Arbeitsverhältnisse, höhere Löhne und Renten, verbesserte Pflege, ein gestärktes Gesundheitswesen und eine bessere Absicherung gegen Armut, Krankheit und Erwerbslosigkeit.

Wir wollen Armut bekämpfen. Die soziale Spaltung wird immer tiefer, innerhalb der Städte sowie zwischen Stadt und Land. Wir wollen diese Spaltung überwinden und Armut bekämpfen.

Wir nehmen es nicht hin, dass die Armutsquote im Kreis Soest seit 2016 stark angestiegen ist. Es ist ein Skandal, dass im Kreis Soest jedes achte Kind arm ist, weil es von Grundsicherung leben muss. Die Zahl der armen Kinder hat seit 2010 um 30 % zugenommen.

Viele müssen für Niedriglöhne arbeiten. Mindestens die Hälfte der angebotenen offenen Stellen sind Leiharbeit und Befristung.

Die offiziellen Arbeitslosenzahlen werden schön gerechnet. Richtig gerechnet sind rund 12.000 statt offiziell 9.000 Menschen im Kreis Soest erwerbslos.

Für mehr soziale Gerechtigkeit brauchen wir im Kreis Soest:

- eine qualitativ hochwertige Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand,
- den Bau bezahlbarer kommunaler Wohnungen und günstiges Bauland,
- bezahlbare und ökologische Grundversorgung aller Einwohner*innen in Bezug auf Strom, Heizung, Gas und Wasser,
- Ausbau und kostenlose Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs, zumindest die sofortige Einführung eines deutlich verbesserten Sozialtickets,
- sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse mit guten Löhnen,
- kommunale Sozialpässe für die Nutzung von Kultureinrichtungen und Schwimmbäder,
- Sozialtarife für Strom und Gas,
- Lehrmittelfreiheit und kostenloses Mittagessen in Tageseinrichtungen und an allen Schulen,
- regelmäßige Erstellung eines Armutsberichts des Kreises,
- Ausbau öffentlich finanzierter und geförderter sozialer Beratungsstellen,
- Stärkung von Bürger*innenzentren sowie die
- Ausweitung von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Menschen, die von Wohnungs- oder Obdachlosigkeit betroffen sind.

Bildung soll gebührenfrei sein! Wir wollen die Abschaffung von Elternbeiträgen landesweit, dies sollte finanziert werden durch höhere Steuern für Reiche. Solange dies nicht realisiert ist, sollen die Elternbeiträge sozialer gestaltet werden. Die Einkommensgrenze für Elternbeiträge soll angehoben werden, so dass weniger Eltern Beiträge zahlen müssen. Zunächst soll die unterste Gruppe, die bisher beitragspflichtig ist (25.000 bis 31.000 Jahreseinkommen), entfallen.

Wir wollen, dass alle Menschen kreisweit flächendeckend online und offline Zugang zu Bibliotheken haben. Wir haben uns 2018 für den Erhalt des Bücherbusses eingesetzt, leider wurde er trotzdem abgeschafft.

Gesundheit ist keine Ware, sondern staatliche und kommunale Daseinsvorsorge. DIE LINKE will die Privatisierung des Gesundheitswesens stoppen. Krankenhäuser und Gesundheitsversorgung gehören in öffentliche Hand.

Wie wichtig dies ist, wird deutlich während der Corona-Krise, jetzt rächt sich die Ausdünnung des Gesundheitswesens. Es fehlt an allem: Personal, Krankenhausbetten und an medizinischem Material. Es ergibt keinen Sinn nur wegen Kostenersparnis Medikamente und medizinisches Material ausschließlich in Asien herstellen zu lassen. Eine Fertigung in Europa ist unerlässlich.

Die medizinische Versorgung auf kommunaler Ebene durch medizinische Versorgungszentren und wohnortnahe kommunale Krankenhäuser ist für alle Menschen sicherzustellen.

Die gesundheitlichen Risiken in der Region, in der Arbeitswelt und durch Klimaveränderungen, Luft- und Wasserverschmutzung, Feinstaubbelastung sowie Einsatz von Breitbandantibiotika usw. sind zu

erfassen und Gegenmaßnahmen festzulegen und einzuleiten.

Dazu gehört auch die Erfassung der Versorgung einzelner Gruppen von Betroffenen in bestimmten Lebenslagen, zum Beispiel Kinder und Jugendliche, Hochbetagte, Menschen mit Behinderungen, Betroffene mit psychischen Erkrankungen, Suchtkranke oder Menschen mit Migrationserfahrungen.

Dienstleistungen des Kreises wie Kreisgesundheitsamt, Jugendamt und Straßenverkehrsamt müssen für alle Menschen im Kreis Soest gut erreichbar sein. Es dürfen keine Standorte aufgegeben werden.

DIE LINKE setzt sich für eine akzeptanzorientierte Drogenpolitik ein. Dazu gehört u. a. die Legalisierung von Cannabis und ganz allgemein auch die Beendigung der Strafverfolgung von Drogenkonsumierenden.

Die Substitutionsbehandlung für Opiatabhängige im Kreis Soest muss flächendeckend gewährleistet sein. Aktuell z. B. führt in Lippstadt nur ein Arzt diese Behandlungsform durch.

Die Substitutionstherapie ist frei von Diskriminierung, Bevormundung und Sanktionierung zu gestalten. Die gegenwärtige Sonderbehandlung dieser Patientengruppe ist zu beenden.

Anstelle der Kassenärztlichen Vereinigung sollte das Kreisgesundheitsamt die Fachaufsicht über diese Behandlungsform erhalten. Zudem sollte dort eine Beschwerdestelle eingerichtet werden. Zur Umsetzung dieser Schritte sind die dafür notwendigen Stellen einzurichten.

DIE LINKE will bezahlbares Wohnen für alle. Der Verteuerung der Mieten und Baulandpreise muss entgegengewirkt werden. Es müssen mehr mietpreisgünstige Wohnungen gebaut werden! DIE LINKE fordert preisgünstiges Bauland und mehr sozialen Wohnungsbau und dauerhafte Preisbindung. Kommunen und Kreis sollen mit eigenen Gesellschaften den kommunalen Wohnungsbau betreiben. Es soll mehr genossenschaftlichen und kommunalen Wohnungsbau geben.

Die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, die wir wollen, ist menschenwürdig, sanktionsfrei und nicht-repressiv. Denn unter dem Hartz-IV-Regime fehlt schlichtweg das Geld für sämtliche Lebensbedürfnisse, die für die große Mehrheit der Gesellschaft selbstverständlich sind. Die Berechnung der Wohnkosten durch die Jobcenter und Sozialämter muss sich grundsätzlich an den örtlichen Vergleichsmieten orientieren. Die Kosten der Unterkunft sind in vollem Umfang zu übernehmen. Stromsperrern müssen unterbleiben. In Krisenzeiten wie jetzt bei Corona muss es Zuschläge geben.

4. Global denken – lokal handeln

Ökologie – also die Rettung und Bewahrung unseres Planeten – und soziale Gerechtigkeit, die Armut überwindet und allen gleiche Lebensmöglichkeiten bietet, stehen für uns LINKE als Ziele, die sich gegenseitig befruchten. Ein gutes Leben für alle kann es nur geben, wenn wir „sozial“ und „ökologisch“ miteinander verbinden. Deshalb ist unsere Politik konsequent sozial-ökologisch.

Die Kommune nimmt eine Schlüsselrolle bei der Gestaltung des dringend notwendigen sozial-ökologischen Umbaus ein.

Viele wichtige Veränderungen, die unseren Alltag prägen werden, sind hier zu gestalten. Angefangen bei der Energiegewinnung über den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs bis hin zu nachhaltiger Landwirtschaft.

Statt in riesigen Kraftwerken Kohle und Gas zur Stromerzeugung zu verbrennen und dabei Unmengen an CO₂ auszustoßen, setzen wir auf dezentrale Energiegewinnung aus erneuerbaren Quellen wie Windkraft und Solarenergie in der Hand der Bürger*innen. Dies soll durch kommunale Stadtwerke oder mit Genossenschaften sichergestellt werden. So können wir Ökostrom für alle erzeugen, zu sozial fair gestaffelten Tarifen.

Windkraftanlagen im Arnsberger Wald lehnen wir aus Naturschutzgründen allerdings ab.

Wir wollen eine neue Zukunft gestalten. Den öffentlichen Raum wollen wir für alle Menschen zurückerobern und nicht dem motorisierten Individualverkehr opfern. Unser Ansatz ist dabei der massive Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs mit Bahnen und Bussen. Alle wichtigen Punkte des öffentlichen und privaten Lebens müssen bei kurzen Wegen mit öffentlichen Verkehrsmitteln und in kurzer Taktung erreichbar sein. Damit alle mitgenommen werden, soll er kosten- und barrierefrei sowie fahrscheinlos werden. Besonders der ländliche Raum muss viel besser angebunden werden. Es darf im Landkreis keinen Ort geben, an dem nicht, in angemessener Zeit, ein Bus oder eine Bahn zu Fuß zu erreichen ist. Andere Länder und Städte im Ausland machen erfolgreich vor, wie der Verkehr der Zukunft aussehen kann.

DIE LINKE fordert ein kreisweites 365-Euro-Ticket (Monatskarte 30 Euro) für alle sowie ein kreisweites Sozialticket für EmpfängerInnen von Sozialleistungen und andere ebenso einkommensschwache Menschen (Monatskarte 15 Euro ohne Abo-Zwang). Zudem soll es ein kreisweites kostenloses Schülerticket geben. Perspektivisch soll der ÖPNV für alle Nutzer*innen kostenlos sein.

DIE LINKE begrüßt die Reaktivierung alter Bahnstrecken und wir wünschen uns eine Überprüfung, ob es möglich ist, die Güterstrecke über Lippstadt bis nach Warstein, auch für den Personenverkehr, nutzbar zu machen.

Wir setzen auf regionale und nachhaltige Erzeugung von Lebensmitteln, in denen es gute Arbeitsbedingungen gibt und faire Löhne gezahlt werden. Die Kommune soll den Kauf dieser fair und ökologisch erzeugten Produkte fördern, denn gesunde und nachhaltige Ernährung darf kein Luxusgut sein. Pestizide, die unsere Gesundheit gefährden, wollen wir auf kommunalen Flächen verbieten.

In den Räten und Kreistagen wollen wir keine Betriebe der industriellen Landwirtschaft und Massentierhaltung genehmigen. Solche Betriebe zerstören Mensch, Tier und Umwelt.

5. Investitionen in eine bessere Zukunft

Die Kommunen in Nordrhein-Westfalen brauchen dringend Geld für Investitionen. Denn von den Regierungsparteien sowie Bund und Land wird ignoriert, dass die kommunalen Finanzmittel insgesamt unzureichend sind.

Darüber hinaus stehen mit der Energiewende, dem Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, mit der Verbesserung des Bildungswesens und der Schaffung von mehr Wohnraum enorme Investitionen und Anforderungen für die Kommunen und deren städtische Unternehmen an.

Die Herausforderungen des sozial-ökologischen Umbaus sind gleichzeitig eine Chance, Strukturen vor Ort zu verbessern.

Doch bislang werden die Landkreise und Städte mit ihren Problemen allein gelassen. Es gibt nur wenige kommunale Kooperationen, die das Land NRW unterstützt. Oft wird einseitig gefördert, wie etwa bei den Krankenhäusern. Die landeseigenen Unikliniken werden gefördert, nicht aber die kommunalen Krankenhäuser, obwohl das Land dazu gesetzlich verpflichtet ist.

Große private Konzerne wie Siemens, Google, Uber, Huawei und andere nutzen die fehlende Investitionskraft der Kommunen und Stadtwerke aus. Sie versuchen mit privaten Projekten im Rahmen von „Smart City“ sich den Zugriff auf Teile der kommunalen Infrastruktur anzueignen und langfristig für ihre Profitinteressen zu nutzen.

Die Finanzmittel der Kommunen müssen erheblich größer werden, damit sie in den Städten, aber auch im ländlichen Raum, den vielen Anforderungen gerecht werden können.

Kommunen und Kreise sollen Aktienpakete von Unternehmen, deren Geschäftsfeld die Förderung, Verarbeitung und der Vertrieb fossiler Energieträger ist (Mineralöl-, Erdgas- und Kohleindustrie) abstoßen. Die RWE-Aktien des Kreises sollen verkauft werden und in kommunalen Wohnungsbau investiert werden.

Wir sind gegen ein größeres öffentliches Engagement für den Flughafen Paderborn-Lippstadt. Stattdessen fordern wir schon lange, dass sich die heimische Wirtschaft beteiligt.

6. Wer soll das bezahlen?

Für unsere Vision einer lebenswerten Kommune sind die wirkliche Selbstverwaltung der Kommunen und eine deutlich bessere Finanzausstattung unerlässlich. Dem steht eine jahrzehntelange Unterfinanzierung der Kommunen, verschärft durch Schuldenbremse und „Schwarze Null“, entgegen. Die Folge der strukturellen Unterfinanzierung sind Personal- und Sozialabbau in neuen Dimensionen und eine Demontage der verfassungsrechtlich garantierten Selbstverwaltung der Kommunen. Weder die derzeitige schwarz-gelbe Landesregierung noch ihre SPD-Grüne-Vorgängerregierung ist ihrer Verantwortung für eine ausreichende Finanzausstattung der Kommunen nachgekommen.

Die kommunale Selbstverwaltung ist eingezwängt zwischen dem Vorrang der Landes-, Bundes- und EU-Gesetzgebung. Die dringend notwendigen Investitionen in nahezu alle Bereiche des kommunalen Lebens müssen wir uns daher erkämpfen. Dazu brauchen wir einen radikalen Kurswechsel auch für die kommunale Ebene.

Die Kommunen sind für viele politische Entscheidungen zuständig, die unser Leben ganz direkt betreffen und die oftmals Geld kosten. Ob der Bau einer neuen Kita, die Sanierung der Schule, der Zustand des lokalen Krankenhauses, der Betrieb von Parks und Sportplätzen oder ein pünktlicher Bus: Eine lebenswerte Stadt und ein gutes Leben für alle müssen auch finanziert werden. Gleichzeitig sind besonders in Nordrhein-Westfalen Städte und Gemeinden systematisch unterfinanziert. Vor Ort wird viel zu oft der Mangel verwaltet, so dass die Städte nicht sinnvoll und nach dem Bedarf der Menschen gestaltet werden können. Die kommunale Infrastruktur wird auf Verschleiß gefahren, Schwimmbäder, Bibliotheken oder Jugendzentren werden geschlossen.

Der zentrale Grund für die schlechte Finanzsituation unserer Städte ist die ungerechte Steuerpolitik auf Bundesebene. Den Superreichen, ihren Banken und Konzernen wurden Steuergeschenke von rund 70 Milliarden Euro gemacht – pro Jahr. Zusätzlich hilft ein Netzwerk von spezialisierten Banken und Anwaltskanzleien Vermögenden beim Diebstahl von Milliarden Euro an Steuergeldern, wie beispielsweise die so genannten Panama- oder Paradise-Papers aufgezeigt haben. Das Problem der geleerten öffentlichen Kassen wurde dann von der Bundes- und Landesebene auf die Ebene verschoben, die sich am schlechtesten dagegen wehren kann, nämlich in die Kommunen – und damit in unser aller Alltag.

Gegen die systematische Unterfinanzierung unserer Städte und Gemeinden hilft Steuergerechtigkeit. DIE LINKE hat ein detailliertes Steuerkonzept vorgelegt, das arme Haushalte sowie die Mittelschicht entlastet und das Geld von den extrem Reichen holt.

Durch die Einführung einer Millionärssteuer, die Reform der Erbschaftsteuer, eine gerechte Unternehmensbesteuerung und einen entschlossenen Kampf gegen Steuerdiebstahl können bundesweit bis zu 180 Milliarden Euro mehr eingenommen werden. Teil unseres Steuerkonzeptes ist die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer Gemeindefinanzsteuer. Alle privatwirtschaftlichen Einkünfte in einer Kommune würden erfasst und direkt besteuert werden – mit einem angemessenen Freibetrag für kleine Unternehmen. Diese Steuer brächte den Kommunen 25 Milliarden Euro im Jahr ein.

Wenn es gerechter zugeht, ist in einem der reichsten Länder der Welt selbstverständlich genug Geld für unsere Kommunen da. Deswegen beteiligt sich DIE LINKE auch nicht an Sparhaushalten, die durch angebliche Sachzwänge diktiert werden – auch dann nicht, wenn dadurch ein Abrutschen in den Nothaushalt verhindert werden könnte. Durch derartige Anstrengungen der Kommunen wird nur der Druck auf Land und Bund verringert, endlich zu einer durchgreifenden Reform der Kommunalfinanzen zu kommen.

7. Gemeinsam für einen Politikwechsel und eine bessere Gesellschaft

DIE LINKE steht in grundsätzlicher gesellschaftlicher und politischer Opposition zu Neoliberalismus und Kapitalherrschaft. Sie streitet für eine demokratische und soziale, emanzipatorische und friedliche Gesellschaft.

Die Kreistags- und Ratsmitglieder der LINKEN im Kreis Soest werden kommunale Haushalte und Stellenpläne ablehnen, die Sozial- oder Personalabbau bedeuten, die Privatisierungen der Daseinsvorsorge vorsehen, die die Aufgabenerfüllung des Öffentlichen Dienstes verschlechtern oder sogenannte "freiwillige Leistungen" abbauen.

Die Kreistags- und Ratsmitglieder der LINKEN können erwägen kommunalen Haushalten zuzustimmen oder sich zu enthalten, wenn die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen im Sinne unseres Programms damit verbunden ist.

DIE LINKE. Kreisverband Soest

c/o Manfred Weretecki
Redderweg 7
59581 Warstein-Sichtigvor
Telefon 02925 3311
Mobil 01717805901
manfred.weretecki@t-online.de

Kreisgeschäftsstelle

DIE LINKE. Kreis Soest
Ulricherstraße 39
59494 Soest
<https://www.die-linke-kreis-soest.de>